

# Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **258 (1985)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weltchronik

Vom 15. Mai 1983 bis 15. Mai 1984

Im Blick auf das Weltgeschehen war im Berichtsjahr wiederum eine grosse Zahl von Krisenherden mit zum Teil kriegerischen Auseinandersetzungen zu registrieren. Zwar ist viel vom Frieden geredet und, vor allem in den westlichen Industriestaaten, für den Frieden demonstriert worden; aber von einem allseitigen Gewaltverzicht und einer friedlichen Ausmarchung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte kann in der Gegenwart eher weniger als mehr die Rede sein.

So tobt seit vier Jahren ein opferreicher Krieg zwischen *Irak* und *Iran*. Im Berichtsjahr lag das Gesetz des Handelns an der Front eindeutig mehr auf seiten Irans. Mehrere Offensiven sind von Iran unter grossem Truppeneinsatz vorangetragen worden, die aber trotz enormer Verluste nur ganz geringe Geländegewinne eintrugen. Die Stärke Iraks in der Defensive ist offenbar in erster Linie auf dessen Besitz und sehr viel wirksameren Einsatz moderner Waffen zurückzuführen.

Beide Kriegsparteien versuchen sich auch in einer verstärkten wirtschaftlichen Kriegführung. Es sollen je die Ölexporte und damit die Deviseneinnahmen der Gegenpartei vermindert oder verunmöglicht werden. Insbesondere hat Irak seine Störaktionen gegen die Verladung und den Transport des aus persischen Ölförderungsanlagen stammenden Erdöls verstärkt. Ein entscheidender Schlag ist aber Irak nicht gelungen. Wenn es gelänge, die Verladeeinrichtungen auf der Insel Kharg oder die iranischen Häfen gebrauchsunfähig zu machen, würden die notwendigen Deviseneinnahmen Irans empfindlich getroffen. Ayatollah Khomeini hat gedroht, in diesem Fall die Meerenge von Hormuz für allen Verkehr zu sperren. Das würde fast automatisch zu einer Internationalisierung des Konflikts führen, weil die Vereinigten Staaten nicht reaktionslos zusehen würden, wie diese für die Versorgung des We-

stens mit arabischem Erdöl ausserordentlich wichtige Transportroute unpassierbar gemacht wird!

Die persische Drohung wird ernst genommen. Das ist vielleicht ein Grund, warum Irak bisher mehr nur mit Nadelstichen operierte. Möglich ist aber auch, dass die für einen entscheidenden Schlag nötigen Mittel nicht genügen, oder dass auf die Befürchtungen der arabischen Anrainerstaaten mit ihrem existenziellen Interesse an ungehinderten, eigenen Ölexporten Rücksicht genommen wird. Sind die Deviseneinnahmen Persiens aus dem Öl für dessen Wirtschaft und Kriegführung gegen Irak wichtig, so sind die Deviseneinnahmen aus dem Erdölexport für Saudiarabien und die übrigen Länder am Persischen Golf von mindestens gleich grosser Bedeutung, weil sie auf diese Einnahmen in der jetzt von ihnen erreichten Entwicklungsphase angewiesen sind.

Im wirtschaftlichen Abnutzungskrieg hat Irak bisher mehr gelitten als Persien. Doch ergibt sich dank der Milliarden-Unterstützung, die Irak von den arabischen Golfstaaten laufend erhält, diesbezüglich vorderhand eine typische Patt-Situation. Die Gefahr einer Eskalation des irakisch-iranischen Krieges wird mit dessen Andauern aber zusehends grösser. Für die Sicherung des Weltfriedens wäre es deshalb von grösster Bedeutung, wenn dieser unsinnige Krieg durch einen Kompromissfrieden möglichst bald beigelegt werden könnte. Während Irak dazu offenbar bereit wäre, fehlt es bisher noch an der Bereitschaft Irans.

\* \* \*

Immer mehr zu einem akuten Krisengebiet sind auch Teile von Zentralamerika geworden. In *El Salvador* ist seit mehreren Jahren – insbesondere aber seit der Machtübernahme durch die sogenannten Sandinisten in Nicaragua – durch linksextreme Guerilla-Bewegungen eine systematische Destabilisierung betrieben worden. Der Terror von links führte zum Gegenterror von rechts. Wenn auch der Bür-

gerkrieg in El Salvador hauptsächlich aus internen Spannungen entstanden sein mag, so steht heute doch fest, dass der lange Arm Fidel Castros und mithin Moskaus mit Waffenlieferungen und anderer logistischer Hilfe sich immer stärker in diesem Land bemerkbar gemacht hat. Gegen den Versuch, auch in El Salvador ein kommunistisches Regime zu errichten, hat sich die amerikanische Regierung unter Reagan entschlossen zur Wehr gesetzt. Nach demokratischen Wahlen, die eine eigentliche Manifestation gegen den kommunistischen Unterwanderungs- und Umsturzversuch darstellten, setzte die amerikanische Finanzhilfe an die Regierung und die Belieferung der Armee El Salvadors mit Kriegsgerät unter der Zurverfügungstellung von InstruktorInnen voll ein. Auch nach der Wahl von José Napoleon Duarte – eines gemässigten Demokraten – zum Staatspräsidenten ist die Lage allerdings immer noch nicht stabilisiert.

Was *Nicaragua* angeht, so hat sich das nach der erfolgreichen Revolution gegen den Diktator Somoza entstandene sandinistische Regime aus der ursprünglichen Kampfallianz bürgerlicher und nationaler Gruppen mit Sozialisten und Kommunisten in Richtung auf eine kommunistische Volksdemokratie hin entwickelt. Es kam hierauf zur Bildung gegenrevolutionärer Gruppen, die mit indirekter Unterstützung durch die USA versuchen, das links abgedriftete Regime in Managua zu beseitigen. Es handelt sich somit in Nicaragua um eine Bürgerkriegssituation mit gegenüber El Salvador umgekehrtem Vorzei-

chen. Aber auch hier hat die an der Macht befindliche Regierung sich bisher behauptet.

\* \* \*

Auf den ersten Blick eher operettenhaft waren aktuelle Ereignisse auf der kleinen karibischen Insel *Grenada*. Auch hier ging es nicht bloss um die Rivalität verschiedener, einheimischer Machtcliquen, sondern um einen typischen Versuch der kommunistischen Infiltration und Machtübernahme. Als der durch einen Putsch an die Macht gelangte «sozialistische» Premierminister Bishop trotz enger Beziehungen zu Kuba eine Annäherung an die USA versuchte, wurde er von einer linksextremen Clique durch einen zweiten Putsch gestürzt und mit anderen Regierungsmitgliedern kurzerhand erschossen. Dieser brutale Akt, der Grenada neben Kuba zu einem weiteren insularen Vorposten des Weltkommunismus in dieser Region gemacht hätte, löste indessen eine überraschende Intervention der USA aus: Am 25. Oktober kam es zur

handstreichartigen militärischen Besetzung der Insel. Dabei stellte sich heraus, dass die von Kuba zum Bau eines überdimensionierten Flugplatzes auf Grenada zur Verfügung gestellten «Arbeiter» bewaffnet waren und sofort in den Kampf eingriffen! Den Amerikanern fielen grosse Waffenvorräte und Dokumente in die Hände, die den Beweis erbrachten, welchem politischen und strategischen Schicksal Grenada hätte bestimmt sein sollen. Vor Weihnachten sind die Amerikaner wieder abgezogen. Die Insel, die immer noch zum



Leon Schlumpf  
Bundespräsident für das Jahr 1984  
Photo Hansueli Trachsel, Bern



*Amerikanische Intervention in der Karibik*

Da die Karibik-Insel Grenada mehr und mehr unter kubanischen Einfluss geriet, sah sich die amerikanische Regierung veranlasst, mit militärischen Aktionen in diesem karibischen Kleinstaat einzugreifen, um weitere ausländische Einflüsse abzuhalten und für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

(Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

Commonwealth gehört, soll unter dem britischen Gouverneur nach einem Übergangsprovisorium wieder eine legitime, gewählte Regierung erhalten.

Die «starke Hand» Reagans im Fall von Grenada ist für die ganze Karibik von nicht zu unterschätzender psychologischer Bedeutung. Die USA haben gezeigt, dass sie sich am politischen Schicksal dieser Region weder desinteressieren noch in ihrem eigenen geographischen Bereich vor den subversiven Methoden der anderen Weltmacht kapitulieren. Man muss annehmen, dass das Muster des kommunistischen Vorgehens auf Grenada sich anderswo in der Karibik bald einmal wiederholt hätte.

\* \* \*

Noch immer ist es der Sowjetunion in *Afghanistan* nicht gelungen, die Lage zu konsolidieren und das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Die vor allem in den Gebirgsge-

genden aktiven, aufständischen Stammesverbände haben immer wieder überraschende Ausfälle gemacht und den sowjetischen Invasoren empfindliche Verluste zugefügt. Verschiedentlich sind auch die Nachschublinien der Sowjets unterbrochen worden. Die von der Sowjetunion gestützte Regierung in Kabul setzte sich nicht mehr durch als in den Jahren zuvor. Ihre Truppen sind wenig verlässlich und neigen zur Passivität oder zum Überlaufen zu den Freiheitskämpfern. Im Frühjahr 1984 scheinen die sowjetischen Truppen in Afghanistan im Hinblick auf eine grossangelegte Offensive zur Absicherung der Ver-

bindungsstrassen (bisher 110000 Mann) stark aufgestockt worden zu sein. Mittlerweile sind vier Millionen Afghanen über die Grenze nach Pakistan geflüchtet!

\* \* \*

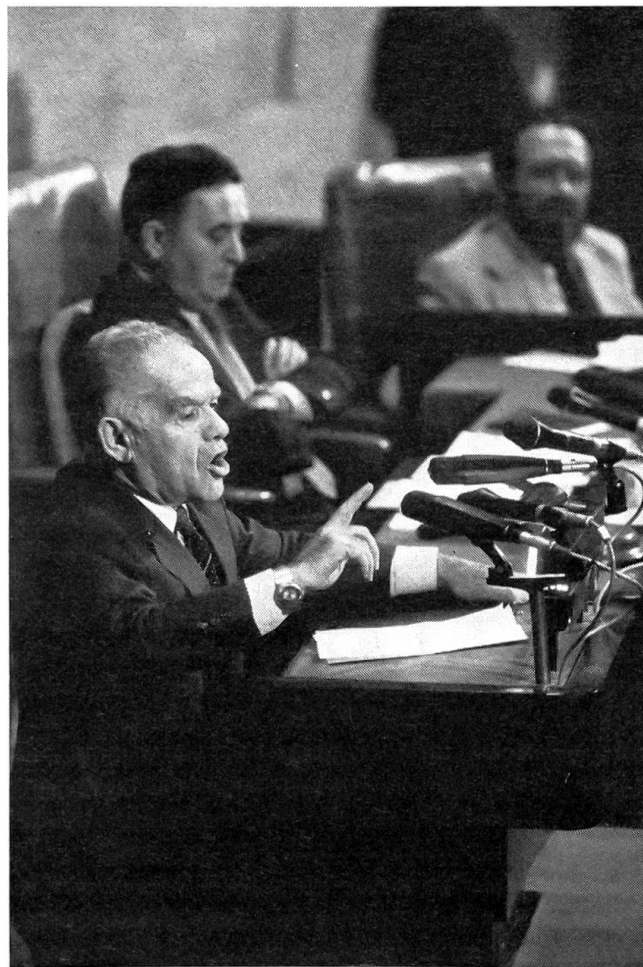
Ein weiterer Konflikt schwelt im südlichen Afrika. Die *Republik Südafrika* ist wegen ihrer unermesslichen und für die westliche Welt ausserordentlich wichtigen Rohstoffvorkommen eines der strategischen Ziele der Welt herrschaftspläne Moskaus. In den vergangenen Jahren ist Südafrika zusehends isoliert und von feindseligen schwarzen Staaten umringt worden, die sich von den Sowjets missbrauchen lassen. So waren in den früheren portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique Regierungen an die Macht gekommen, die ganz offen die Karte Moskaus spielten. In mehreren Nachbarstaaten – so auch in Mozambique – ist eine südafrikanische Orga-



nisation der Schwarzen (African National Congress/ANC) präsent, die sich in eine kommunistische Kampforganisation zur Destabilisierung im Innern Südafrikas verwandelt hat und Sabotageakte plant und durchführt. Diese ist geduldet und fallweise unterstützt worden. Südafrika hat sich in dieser Situation in der ganzen Region auf eine «Politik der Stärke» festgelegt. Gegen die in Lesotho und in Mozambique vorhandenen ANC-Zentren sind überraschende Schläge geführt worden; im letzteren Fall als Repressalie auf ein schweres Bombenattentat vom 20. Mai in Pretoria.

Die Früchte dieser entschiedenen Haltung liessen nicht auf sich warten. Im Frühjahr 1984 ist es überraschend zu einem Sicherheits- und Nichtangriffspakt zwischen Mozambique und Südafrika gekommen. Es scheint, dass unter anderem auch die permanente Wirtschaftsmisere und der nackte Hunger Mozambique zur Raison gebracht haben. Die wirtschaftliche Hilfe der Sowjetunion hat nämlich nie gehalten, was sie versprach. Damit erfährt Südafrika eine Entlastung an seiner Ostgrenze: Die ANC kann fortan nicht mehr aus diesem Sanktuarium heraus operieren! Ebenso ist es in dieser Hinsicht zu einer Bereinigung der Lage mit den Staaten *Lesotho* und *Swaziland* gekommen, die sich verpflichtet haben, auf ihrem Territorium keine gegen Südafrika gerichteten Umtriebe mehr zu dulden.

Noch nicht bereinigt ist der Konflikt mit *Angola*, wo 25 000 Mann kubanischer Truppen und ein Heer von «Spezialisten» aus dem Ostblock anwesend sind und die SWAPO – in Namibia das Gegenstück zum ANC – ihre Stützpunkte für Guerilla-Aktionen in Südwestafrika (Namibia) hat. Nach einer militärischen Operation tief ins südliche Angola hinein, die den SWAPO-Stützpunkten galt, haben sich die Südafrikaner wieder zurückgezogen. Auch an dieser verletzlichen Grenze hat sich Premierminister Bothas «Politik der Stärke» bezahlt gemacht. Zwar ist eine Lösung des Problems der Entlassung *Namibias* aus dem Status eines südafrikanischen Mandats-Gebiets immer noch nicht konkret in Sicht; aber Südafrika vermochte sich wenigstens vorderhand einmal



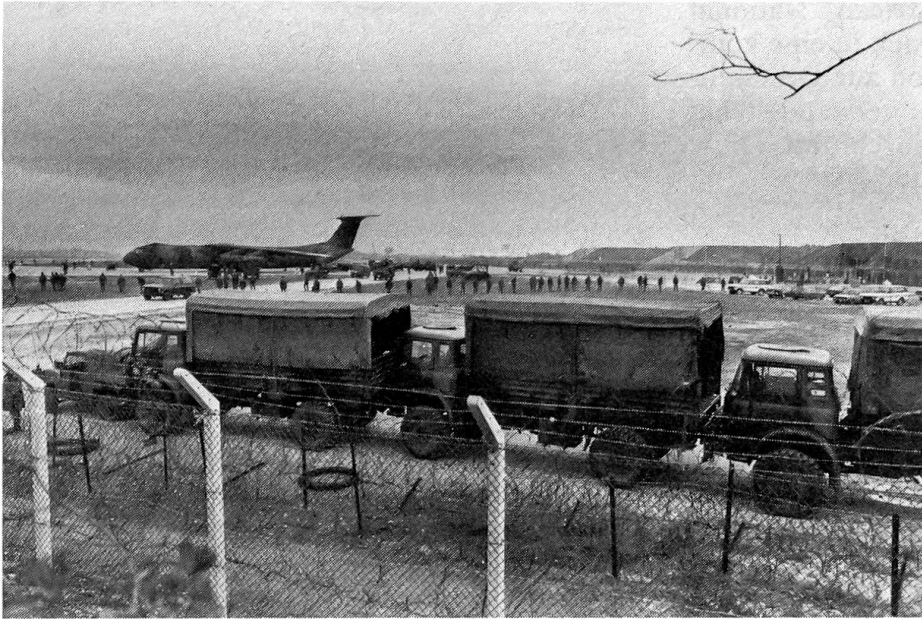
*Israels Regierung unter neuer Führung*

Als Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Menachem Begin wählte das israelische Parlament dessen ehemaligen Kampfgefährten Yitzak Shamir zum neuen Regierungschef.

(Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

durch ein Waffenstillstandsabkommen mit Angola in dieser Ecke eine Atempause zu verschaffen. Die erfolgreichen Operationen der angolanischen Befreiungsbewegung UNITA im Innern Angolas unter Savimbi schwächen im übrigen die Position der Regierung in Lunda und halten die Kubaner in Schach.

In *Südafrika* ist intern eine gewisse Entkrampfung in der Rassenfrage festzustellen. Eine Verfassungsänderung, die zunächst wenigstens den Indern und den Mischlingen eine



*Der «heisse Herbst» fand nicht statt*

Die vor Jahren beschlossene «Nachrüstung» der Westmächte durch Aufstellung von neuen Raketenanlagen in Westeuropa ergab zwar einige Protestaktionen in den betroffenen Ländern. Die von der Friedensbewegung angedrohten Gegenmassnahmen blieben aber unwirksam. Unser Bild zeigt den Stützpunkt von Greenham Common in Grossbritannien, wo eine Anzahl der neuen Raketenbasen erstellt wurden.

(Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)

politische Mitwirkung an den Staatsgeschicken der Republik ermöglichen wird, ist in einer Volksabstimmung durch den weissen Bevölkerungsteil gutgeheissen worden. Noch keine politischen Mitwirkungsrechte werden den Schwarzen zugestanden. Doch sind Schritte zur kommunalen Autonomie erkennbar, soweit nicht die Errichtung von stammesbezogenen, autonomen oder verselbständigten sogenannten Homelands in Frage kommt. Die Entlassung derartiger Homelands aus der Republik Südafrika wird fortgesetzt, auch wenn ihnen die internationale Anerkennung als selbständige Staaten versagt geblieben ist.

\* \* \*

Der Konflikt in *Libanon* mit seinen unzähligen internen Faktionen und verschiedenartigen internationalen Aspekten hat im Berichtsjahr nichts von seiner Virulenz eingebüsst. Das

zwischen Israel und der Regierung Gemayel im Mai 1983 abgeschlossene Abkommen über einen Truppenabzug Israels konnte nicht durch ein entsprechendes Abkommen mit Syrien für den gleichzeitigen Abzug der syrischen Truppen ergänzt werden. Andererseits sind am 23. Oktober die amerikanischen und die französischen Verbände der multinationalen Friedenstruppe in Beirut durch zwei Anschläge mit Lastwagen voller Dynamit schwer getroffen worden. 240 Amerikaner und 58 Franzosen fanden bei diesem von einem schiitischen Kommando inszenierten Blutbad den Tod. Ein gleichartiges Attentat wurde später auch noch gegen das israelische

Hauptquartier in Tyros ausgeführt. Dann sind, zumal auch zwei in Genf abgehaltene Versöhnungskonferenzen der libanesischen Konfliktparteien nicht zum erhofften Ziel führten, alle Kontingente der Friedenstruppe aus Beirut abgezogen worden. Die um die Stadt Tripoli konzentrierten Reste der Kampftruppen der PLO Arafats – von Rebellen der PLO, von schiitischen Kräften und Syrern in aussichtsloser Lage belagert – sind am 20. Dezember auf griechischen Schiffen evakuiert worden. Damit ist die PLO aus der libanesischen Kampfarena eliminiert. Präsident Amin Gemayel versuchte nach der Aufkündigung des Truppenabzugsabkommens mit Israel mit dem syrischen Präsidenten Assad zu einem Ausgleich zu kommen. Eine Gewichtsverschiebung in der Regierungsmacht von den Christen zu den Mohammedanern ist ebenso die Folge wie eine Verstärkung des Einflusses von Syrien auf die Geschicke des Libanon.

In der direkten *Konfrontation der beiden Weltmächte* ist eine weitere Verhärtung eingetreten. Während die Nachrüstung der NATO mit einem um jährlich 3% vermehrten Rüstungsaufwand nur harzend voranschreitet, ist es den Vereinigten Staaten gelungen, mit dem strategischen Nachholbedarf an in Europa einsetzbereiten, neuen Mittelstreckenraketen (Cruise Missile und Pershing II) einen Durchbruch zu erzielen. Die ersten dieser als Gegengewicht gegen Hunderte von sowjetischen Raketen (SS-20) gedachten amerikanischen Raketen sind inzwischen in Europa aufgestellt worden. Die gross aufgezogenen und direkt oder indirekt von der Sowjetunion beeinflussten oder gesteuerten Friedensdemonstrationen in vielen westeuropäischen Staaten haben zwar ihren Eindruck auf die Öffentlichkeit nicht verfehlt; aber sie waren insofern ein Misserfolg, als der Missbrauch der Pazifisten im Westen das Ziel der Verhinderung der westlichen Raketenrüstung zur Wiedererlangung des verlorenen strategischen Gleichgewichts zwischen NATO und Warschauer Pakt über den «Druck der Strasse» nicht zu erreichen vermochte. Die Friedensbewegung verlor ihre idealistische Glaubwürdigkeit durch ihre einseitige Ausrichtung gegen die NATO und die USA.

Die Reaktion auf diese Niederlage Moskaus war bezeichnend: Nicht nur sind alle Abrüstungs- und Rüstungsbeschränkungsgespräche zwischen den beiden Weltmächten nach dem Scheitern der subversiv eingesetzten psychologisch-politischen Waffe Moskaus unverzüglich von dieser Seite abgebrochen

worden, der Kreml kündigte auch alsbald die Aufstellung weiterer und neuer Raketen auf dem Territorium von Satellitenstaaten in Osteuropa an. Der einzige Berührungspunkt zwischen den Weltmächten ausserhalb der normalen diplomatischen Beziehungen und der Organisationen der UNO ist nun noch die am 17. Januar in Stockholm eröffnete Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE), die ein Mandat der KSZE-Konferenz von Madrid erfüllt.

In diesem Zusammenhang verdient erwähnt zu werden, dass die Sowjetunion anfangs Mai 1984 plötzlich ihre Mitwirkung an den Olympischen Spielen in Los Angeles abgesagt hat. Die Angst vor politischen Anfeindungen und Belästigungen der sowjetischen Sportler und die Befürchtung, dass es vielleicht zum Absprung sowjetischer Teilnehmer hätte kommen können, mag zwar eines der Motive sein. Aber das Hauptmotiv ist ohne Zweifel rein politi-



*Boeing 747 der Koreanischen Luftfahrtgesellschaft von den Sowjets abgeschossen*  
Diese verbrecherische Tat forderte 269 Todesopfer und erregte weltweit Empörung und Trauer. Unser Bild zeigt die Trauerfeier im Stadion von Seoul, an der über 80 000 Personen teilnahmen.  
(Weltwoche-Bildarchiv, Zürich)





*Berittene Polizei am Neujahrsempfang*

Erstmals begleiteten berittene Stadtpolizisten die Kutschen mit den Behörden von Kanton und Stadt Bern zum Neujahrsempfang in das Bundeshaus.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

scher Art: es sollten einerseits die westlichen Proteste gegen die Besetzung von Afghanistan anlässlich der vor vier Jahren in Moskau abgehaltenen Olympiade und die Nichtteilnahme der USA heimgezahlt werden; andererseits soll wohl damit eine härtere und stolze Haltung der Sowjetunion gegenüber den Vereinigten Staaten mit einem Eklat dokumentiert werden.

\* \* \*

In der Sowjetunion selber war zweifellos das wichtigste Ereignis der am 9. Februar 1984 erfolgte Tod von Juri Andropow, des keine anderthalb Jahre zuvor auf den Schild gehobenen 69-jährigen Nachfolgers von Breschnew. Am 16. Juni war Andropow noch zum Staatspräsidenten der UdSSR gewählt worden. Aber nach dem 18. August verschwand Andropow von der Bühne des Kreml. Sein Fernbleiben von allen Staatsakten wurde offiziell mit einem «hartnäckigen Schnupfen» erklärt. Es zirkulierten

aber bald Gerüchte, dass seine Erkrankung alles andere als eine harmlose Erkältung sei. Als Andropow auch anlässlich der Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution nicht in Erscheinung trat und im Dezember an der Sitzung des Zentralkomitees der KP lediglich eine von ihm schriftlich abgefasste Rede verlesen wurde, war zu vermuten, dass in nicht allzu ferner Zukunft wieder ein Wechsel an der Spitze der Sowjetunion bevorstehe. Die Todesnachricht kam deshalb kaum mehr überraschend.

Überraschender war die rasche und offenbar reibungslose Wahl seines Nachfolgers in der Person von Konstantin

Tschernenko – eben jenes Rivalen, welchen Andropow bei seiner eigenen Nomination aus dem Feld geschlagen hatte. Der Wechsel an der Spitze scheint in das Säuberungs- und Reformprogramm Andropows eine Zäsur gebracht zu haben. In der aussenpolitischen Haltung sind alle Anzeichen einer grösseren Flexibilität wieder verschwunden. Unklar ist noch, inwiefern der neue Herrscher im Kreml grössere Konzessionen an die Generalität und an die jüngere Generation machen muss. Tschernenko ist – wie Breschnew – der Typus eines «Apparatschik», der sich gerne in Publizität sonnt, aber Systemreformen scheut.

In die Ära Andropow fiel allerdings noch ein geradezu diabolischer Vorfall: Am 1. September wurde nämlich ein koreanisches Passagierflugzeug auf seinem Flug von Anchorage (Alaska) nach Seoul, das, von seinem Kurs abgekommen, sowjetisches Territorium auf der Halbinsel Kamtschatka und auf Sachalin streifte, von einem sowjetischen Kampfflug-

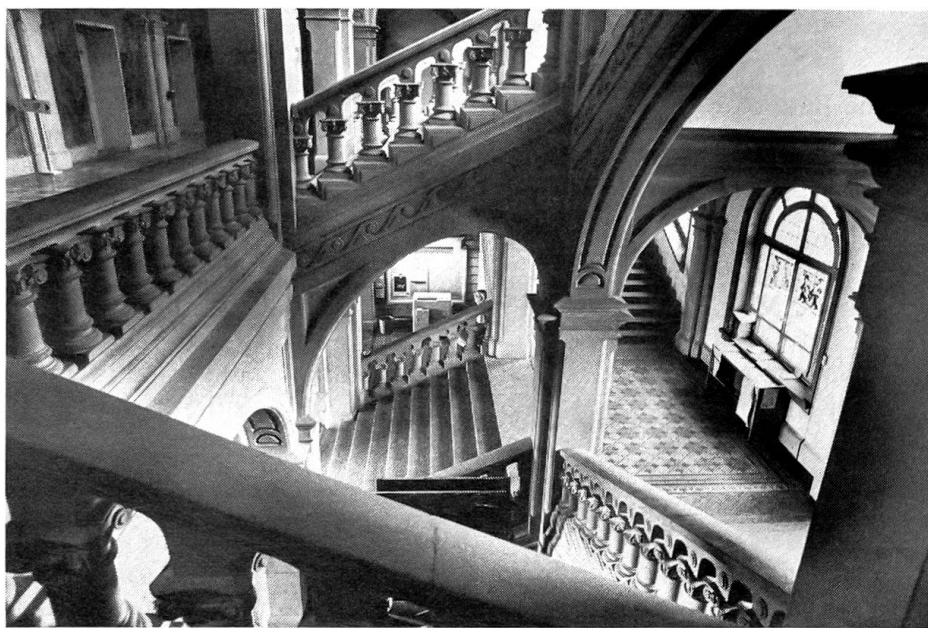


zeug brutal abgeschossen! Alle 269 Insassen fanden den Tod. Moskau dementierte zunächst den Abschuss, um dann diesen Piratenakt schliesslich damit zu begründen, dass das koreanische Zivilflugzeug einen Spionageauftrag ausgeführt habe. Zuletzt verstieg sich Moskau sogar zur Beschuldigung, die USA hätten diesen Vorfall selber inszeniert! Offen geblieben ist, ob es sich um einen folgenschweren Irrtum der Luftabwehr der Sowjets gehandelt hat, indem der koreanische Jumbo-Jet für ein in den eigenen Luftraum eingedrungenes, fremdes Kampf- oder Aufklärungsflugzeug gehalten worden war, oder ob der Abschuss eine Eskalation der schon gespannten Beziehungen mit den USA auslösen sollte und somit in voller Kenntnis der Identität des Zivilflugzeuges angeordnet worden ist. Im ersten Fall läge auf sowjetischer Seite monumentale Unfähigkeit oder Liederlichkeit, im letzteren Fall verbrecherische Absicht vor, die in den Annalen des Völkerrechts ihresgleichen sucht!

Was die *Vereinigten Staaten* betrifft, so konnte Reagan in seiner Botschaft an den Kongress im Januar nicht ohne Stolz darauf hinweisen, dass «Amerika wieder da ist». In der Tat sind die Zweifel an der eigenen Aufgabe, Stärke und Stellung in der Welt, die auf das unglückselige Engagement in Vietnam und die deprimierenden Erfahrungen mit Nixon sowie auf eine allgemeine Verunsicherung im Zusammenhang mit der antiautoritären und «narzisstischen» Welle zurückzuführen gewesen waren, durch eine neue nationale Selbstfindung und eine neue Wendung des Zeitgeists in Amerika

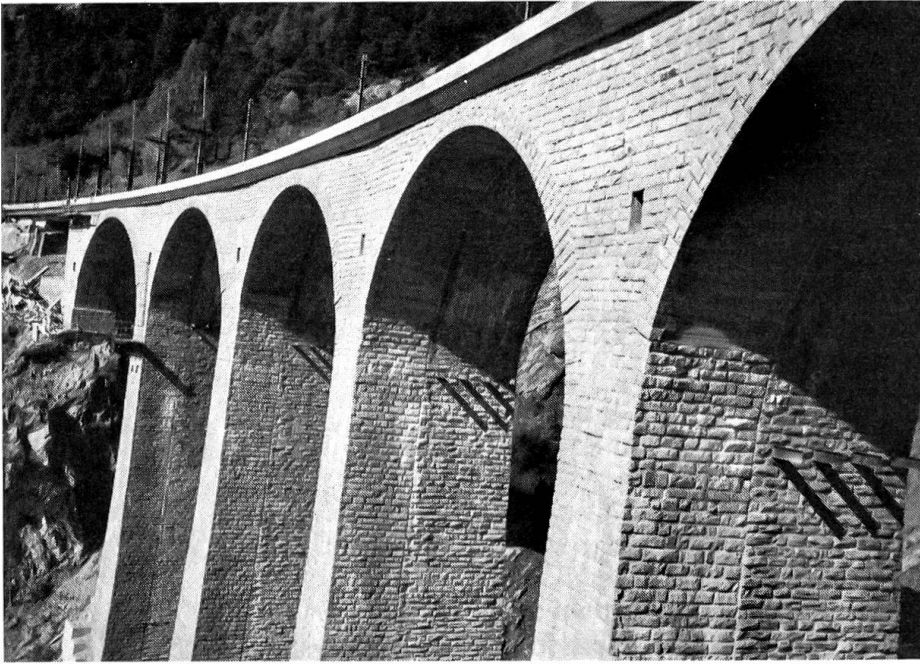
abgelöst worden. An der Konferenz von Williamsburg Ende Mai 1983, an welcher sieben westliche Regierungschefs teilnahmen, ist der Wille zum wirtschaftlichen Aufschwung auch von den Verbündeten der USA bekräftigt worden.

Reagan hatte mit Ausnahme des missglückten Versuchs der Konsolidierung des Libanon im Berichtsjahr eine ausgesprochen glückliche Hand sowohl in der Aussen- wie in der Innenpolitik. Ende April 1984 begab sich Reagan auf einen Staatsbesuch in die Volksrepublik China, bei welcher Gelegenheit fünf bilaterale Abkommen unterzeichnet wurden. Die seinerzeit von Nixon eingeleitete Aussöhnung mit China ist somit einmal mehr bekräftigt worden. Mit den NATO-Ländern sind Differenzen in bezug auf das Ost-West-Verhältnis so gut wie beigelegt worden. Die Gefahr einer politischen Entfremdung dies- und jenseits des Atlantik erscheint als gebannt. Allerdings konnten gewisse wirtschaftliche Interessensgegensätze nicht restlos überbrückt werden. Et-



*150 Jahre Universität Bern*

Zahlreiche Anlässe und Festlichkeiten wurden zu diesem Jubiläum durchgeführt. Unser Bild zeigt einen Blick in das Treppenhaus des 1903 erbauten Hauptgebäudes.  
Photo Hansueli Trachsel, Bern



*Ausbau der Lötschberglinie auf Doppelspur*

Unser Bild zeigt den 127 Meter langen Luogelkinviadukt an der Südrampe. Deutlich erkennbar ist die Verbreiterung an der linken Seite der Brückenpfeiler. Sie wurde in Stahlbeton ausgeführt und mit Natursteinen verkleidet.

Photo Fritz Lörtscher, Bern

welche Bedenken auf längere Sicht erregen das auf gegen 200 Milliarden angeschwollene Defizit des amerikanischen Staatshaushalts und die stark negative Handelsbilanz. Der Dollar scheint unter diesen Umständen stark überbewertet, was im Fall eines plötzlichen Dollarsturzes die Möglichkeit folgenschwerer Turbulenzen im Währungsgefüge in sich birgt. Die Staatsausgaben sind von 796 Milliarden Dollar im Jahr 1983 auf 925 Milliarden Dollar im Budget 1985 angestiegen. Die Verteidigungsausgaben im Budget 1985 sollen allein 264 Milliarden erreichen – gegenüber nur 142 Milliarden im Jahre 1980. Diese bedenklichen Zahlen zeigen den hohen finanzpolitischen Preis dafür, dass die USA «wieder da sind»!

\* \* \*

Nun noch ein Blick auf die europäische Szene im einzelnen.

In *Grossbritannien* fanden am 9. Juni Parlamentswahlen statt, in denen es den Konservativen gelang, ihre Mehrheit im Unterhaus zu verstärken. Sie erreichten 42,2% der Stimmen. Dank dem Majorwahlssystem erzielten sie 397 von insgesamt 650 Sitzen. Labour ist wegen der Absplitterung der neu entstandenen Sozialdemokratischen Partei, die mit den Liberalen eine Allianz eingegangen ist, auf 27,6% der Stimmen zurückgefallen. Auf die liberal - sozialdemokratische Allianz entfielen 25,3% der Stimmen. Gegenüber der EG will Mrs. Thatcher mit beispielloser Hartnäckigkeit eine Umverteilung der Agrarlasten ertrotzen, die bisher Grossbritannien in Form von Aussenzöllen

für Lebensmittelimporte aus dem Commonwealth benachteiligten. Es geht um einen Milliardenbetrag. Schwierigkeiten machte die Redimensionierung und Rationalisierung der Bergwerke. Seit März 1984 sind 23 Zechen geschlossen und 20000 Minenarbeiter entlassen worden. Das führte im Frühjahr zu einem längeren Bergwerksarbeiter-Streik. Im Verhältnis zu Argentinien konnte, nachdem dort das Militärregime wieder durch demokratische Verhältnisse abgelöst worden ist, eine Normalisierung herbeigeführt werden. Freilich hat Grossbritannien nicht auf die Souveränitätsrechte über die Falkland-Inseln verzichtet.

In *Frankreich* ist unter Mitterrand nicht das goldene sozialistische Zeitalter angebrochen, das sich die Mehrheit der Wähler versprochen hatte. Mit wenigen Ausnahmen befinden sich die verstaatlichten Unternehmen in einer akuten Krise. Mitterrand hatte keine andere Wahl,

als seinen Landsleuten den Gürtel enger zu schnallen, um die Devisenbestände und die havarierten Staatsfinanzen zu schonen und eine weitere Abwertung des Franc zu vermeiden. In der Automobilindustrie kam es im Zuge von Betriebsreorganisationen und mit Entlassungen verbundenen Sanierungsmassnahmen zu Streiks, Werksbesetzungen und tätlichen Auseinandersetzungen – vor allem bei Talbot in Poissy, aber im Mai 1984 auch bei Citroën. In Lothringen hat der Restrukturierungsplan der Regierung für die veraltete und mit immer höheren Verlusten arbeitende Stahlindustrie zu einem vehementen Arbeitskonflikt geführt. Die Beziehungen zwischen Mitterrand und den Sozialisten einerseits und den in der Regierung vertretenen Kommunisten andererseits sind inzwischen so gespannt, dass das Ende dieser Zusammenarbeit wahrscheinlich geworden ist. In der Aussenpolitik hat Mitterrand gegenüber den Kommunisten nie die geringsten Konzessionen gemacht und beispielsweise auch die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen mit Mehrfachsprengköpfen zur Konterrung des sowjetischen Vorsprungs befürwortet. Paradoxerweise ist Frankreich unter Mitterrand zu einem verlässlicheren Verbündeten in der westlichen Allianz geworden, als dies vorher unter den rechtsstehenden Präsidenten der Fall gewesen war!

In der *Bundesrepublik Deutschland* war das zentrale politische Thema des Jahres 1983 die Stationierung amerikanischer Raketen, gegen welche eine eigentliche Hetze entfacht wurde, um die Regierung Kohl einzuschüchtern. Im Juli begab sich der Bundeskanzler nach Moskau, um

eine Annäherung in dieser Frage herbeizuführen, was freilich nicht gelang. Im Innern machten Kohl einige Affären zu schaffen, die die Integrität mehrerer im Rampenlicht stehender Persönlichkeiten in Frage stellten. Eine merkwürdige Fehlleistung liess sich die bundesdeutsche Abwehr zuschulden kommen, indem sie Verteidigungsminister Wörner belastendes Material gegen den deutschen Stellvertreter des NATO-Oberkommandierenden Rogers, General Kiessling, lieferte. Anfangs Januar wurde Kiessling «aus Gründen, die in der Privatsphäre liegen», Knall auf Fall entlassen. In der Folge stellte sich heraus, dass ein Irrtum in der Person vorlag und ein «Doppelgänger» für Kiessling gehalten worden war. Am 1. Februar musste Wörner den entlassenen General rehabilitieren, doch entliess Kohl den Verteidigungsminister nicht. Auch in anderen Fällen zeigt Kohl beispiellose «Nibelungentreue» gegenüber angefeindeten oder angeschlagenen Mitgliedern des CDU/FDP-Establishments in Bonn. Die bundesdeutsche Innenpolitik wird



*Abschied von Willi Ritschard*

Mit einem Staatsbegräbnis in Solothurn nahm eine grosse Trauergemeinde Abschied von Bundesrat Willi Ritschard. Unser Bild zeigt den Eingang der St.-Ursen-Kathedrale in Solothurn mit dem Ehrensparier der Schweizer Armee.

(Photo: Keystone-Press AG, Zürich)



seit dem Abflauen der Friedensbewegung nach dem Raketenbeschluss von einer neuen sozialen Forderungsrunde überschattet, die auf die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn abzielt.

In *Italien* fanden am 27. Juni Parlamentswahlen statt. Zwar sind daraus die Christlichdemokraten mit 32,9% der Stimmen einmal mehr als stärkste Partei hervorgegangen, aber gegenüber den letzten Wahlen erlitten sie einen Stimmenverlust von über 5%. Die Kommunisten haben demgegenüber ihre Position mit 29,9% fast gehalten, während die Sozialisten mit 11,4% der Stimmen eine deutliche Zunahme registrierten. Am 4. August bildete der Sozialist Bettino Craxi die neue Regierung. Mit Craxi ist zum erstenmal ein Sozialist italienischer Ministerpräsident geworden. Im Februar wurde ein neues Konkordat zwischen Italien und dem Vatikanstaat unterzeichnet, welches die unter Mussolini und Papst Pius XI. abgeschlossenen Lateran-Verträge von 1929 ersetzt. Auf Grund der neuen Verträge wird Italien zu einem laizistischen Staat. Der Katholizismus ist nicht mehr alleinige Staatsreligion. Es handelt sich vor allem um eine Trennung im Bereich des Zivilrechts, indem das kanonische Recht nun hinter dem staatlichen Recht zurücktritt.

Papst Johannes Paul II. absolvierte im Juni einen weiteren Besuch in seinem Heimatland Polen. Im Frühjahr 1984 reiste er in den Fernen Osten, um u. a. Süd-Korea und Thailand, ja sogar Neuguinea und den Salomonen-Inseln, einen Besuch abzustatten.

\* \* \*

Die *Weltwirtschaftslage* zeigte im Berichtsjahr erste Anzeichen eines Wiederaufschwungs. Die Verbesserung der Konjunktur ist am deutlichsten in den USA in Erscheinung getreten, während in den westeuropäischen Industrieländern diese günstigere Entwicklung hintennachhinkt und auch weniger akzentuiert ist. Solider scheint die konjunkturelle Besserung in Japan zu sein. Die *Industrieproduktion* hat in den Vereinigten Staaten um 14,8%, in

Japan um 10% zugenommen. Die entsprechenden Zahlen in Europa liegen lediglich um plus 3%, wobei Frankreich es nur auf eine Zunahme um 1,6% brachte. Die *Inflation und Teuerung* ist in den führenden Industrieländern auf einer niedrigen Rate verblieben, erreichte aber doch in Frankreich immer noch 8,6%, in Schweden 8,3% und in Italien sogar 12%. Demgegenüber war die Inflationsrate in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, wie zuvor, eines der schlimmsten ökonomischen Krebsgeschwüre. In Israel erreichte die Geldwertverschlechterung über 150%, in Brasilien gegen 200% und in Argentinien einmal mehr zwischen 400 und 500%.

Die *Arbeitslosigkeit* war in den USA stark rückläufig; sie ist um einen Fünftel auf eine Quote von jetzt noch 7,8% zurückgegangen. Etwas weniger Arbeitslose werden auch in Grossbritannien ausgewiesen (-2%); hier liegt die Quote allerdings immer noch bei bedenklichen 12,7%. Zugenommen haben die Arbeitslosen indessen um 11,4% auf eine Quote von jetzt 9,6% in Frankreich, und in Japan um 3,5% auf jetzt 2,7%. Auch in Belgien (14%) und in den Niederlanden (17,9%) ist die Zahl der Arbeitslosen noch einmal leicht angestiegen. Mit 9,1% fast stationär geblieben ist diese Quote in der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zum Inflationsproblem erweist sich die Arbeitslosigkeit allenthalben als ein ausserordentlich hartnäckiges Krisensymptom, das zudem mit nicht-konjunkturabhängigen, strukturellen Problemen belastet ist. Es entzieht sich deshalb einer raschen Remedur auch bei einem stärkeren Konjunkturaufschwung in einem gewissen Ausmass. Es sieht jetzt ganz so aus, als ob die Industrieländer auf längere Dauer mit einer unerfreulichen Restanz von Arbeitslosigkeit zu leben hätten!

Immer noch Bedenken erregend ist die astronomische *Verschuldung* vieler nicht-ölproduzierender Länder in der Dritten Welt. Zwar konnte einmal mehr ein eigentlicher Kollaps der am meisten verschuldeten Länder vermieden werden; aber in einigen Fällen waren die neuerdings notwendig gewordenen *Umschuldungsoperationen* mit allergrössten



Schwierigkeiten, ja sogar mit zugestandenen Fälligkeitsaufschüben in allerletzter Stunde verbunden. Argentinien vermochte sich am Abgrund gerade noch zu halten, weil paradoxerweise andere hoch verschuldete Länder in extremis ihrerseits als «Überbrückungsgläubiger» einsprangen. Etwas gebessert hat sich die Lage von Mexiko; allerdings auf Kosten des allgemeinen Lebensstandards. In der Regel fordert der Internationale Währungsfond sehr einschneidende wirtschaftspolitische Sanierungsmassnahmen als Gegenleistung für Umschuldungen und Beistandskredite zur Behebung der akuten Zahlungsnot der Schuldnerländer. Die restriktiven Massnahmen können aber zu sozialer Unrast führen; und dies namentlich, wenn die Preise der lebensnotwendigen Volksnahrungsmittel so teuer werden, dass die durch die Teuerung und Preissteigerungen dezimierten Realeinkommen das Existenzniveau drücken oder in Frage stellen. Der Konsolidierungsprozess ist vorderhand immer noch mit einem Prozess der Verarmung ausgerechnet in jenen Ländern verbunden, die ohnehin ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen aufweisen.

Die *Entwicklungshilfe* kann sich auf längere Sicht vorteilhaft auswirken, in den hoch verschuldeten Ländern der Dritten Welt führt sie aber kurzfristig im besten Fall zu einem Treten an Ort. Ohne direkte *Nahrungsmittelhilfe* von aussen wären viele Gebiete – namentlich in Afrika – einer eigentlichen Hungersnot ausgesetzt. In diesen Gebieten ist die Bevölkervermehrung mit einem teilweise durch anhaltende Dürre, teilweise aber auch durch politi-

sche Massnahmen und schlechtes Management bedingten Ertragsausfall bei der Erzeugung von Lebensmitteln einhergegangen, so dass die Ernährungsbasis aus dem eigenen Boden nicht mehr genügt.

\* \* \*

In der *Schweiz* fanden am 23. Oktober die eidgenössischen Wahlen statt. Zu den Siegern dieser mit etwelcher Spannung erwarteten Ausmarchung gehört in erster Linie die FDP, die in der neuen Legislaturperiode zur stärksten Fraktion der Bundesversammlung aufgerückt ist (68 Sitze). Sitzgewinne hatten auch die Nationale Aktion, die Poch und die Grünen zu verzeichnen. Zu den Verlierern gehörte vor allem die SP (58 Sitze), aber auch die CVP (60 Sitze) und die SVP (28 Sitze). Ihren Stand zu halten vermochten der Landesring (8 Sitze), die Liberalen (8 Sitze) und die EVP (3 Sitze), während die PdA mit dem Verlust von zwei ih-



*Zwei neugewählte Bundesräte*

Der Solothurner Otto Stich (links) und der Waadtländer Jean-Pascal Delamuraz wurden am 7. Dezember 1983 als Nachfolger von Willi Ritschard und Georges-André Chevallaz in die Landesregierung gewählt.

Photo: Hansueli Trachsel, Bern

### Das Laufental bleibt beim Kanton Bern

Zur Freude der bernischen Kantonsregierung und des gesamten Bernervolkes entschieden sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Laufentales am 11. September 1983 zum Verbleib im Kanton Bern und damit gegen einen Wechsel zum Kanton Baselland.

Photo: Keystone-Press AG, Zürich

rer bisher drei Sitze ein eigentliches Debakel erlebte. Im Ständerat mustert die CVP nach wie vor die stärkste Vertretung (18 Sitze), während die FDP mit drei neu gewonnenen Sitzen in der Kleinen Kammer auf 14 Sitze aufgeholt hat. Die SP wurde im Ständerat mit drei Verlusten nunmehr auf nur noch 6 Ständeratssitze verwiesen. Rund ein Viertel des Nationalrats ist erneuert worden. Die Meinungen gehen auseinander, wie signifikant diese Veränderungen im parlamentarischen Spektrum sein mögen. Auffallend ist ein gewisser Trend hin zu kleineren Splittergruppen.

In der Dezembersession wurde der Genfer Liberale André Gautier zum neuen Nationalratspräsidenten, Edouard Debétaz (FDP, Waadt) zum neuen Präsidenten des Ständerats gewählt. Zu Vizepräsidenten der beiden Räte sind Arnold Koller (CVP, Appenzell-Inner-Rhoden) bzw. Markus Kündig (CVP, Zug) erkoren worden. Zum Bundespräsidenten

für 1984 wurde ehrenvoll Bundesrat Léon Schlumpf gewählt, zum neuen Vizepräsidenten Bundesrat Kurt Furgler. Das Hauptinteresse der Wahlgeschäfte galt indessen in der Dezembersession den Ersatzwahlen für die beiden Vakanzen im Bundesrat. Die Bundesräte Ritschard (SP, Solothurn) und Chevalaz (FDP, Waadt) hatten auf Jahresende demissioniert, wobei allerdings der populäre Bundesrat Ritschard kurz nach seinem 65. Geburtstag am 16. Oktober plötzlich verstorben war. Wie üblich war es von Anfang an unbestritten, dass gemäss der sogenannten Zauberformel als Nachfolger wiederum je ein Sozialdemokrat und ein Frei-

sinniger zu wählen sei. In der FDP fiel der Wahlvorschlag auf Jean-Pascal Delamuraz, Nationalrat aus der Waadt und ehemaliger Stadtpräsident von Lausanne. Er wurde in der Ausmarchung gegen einen Anwärter aus dem Kanton Genf (Staatsrat Ducret) im ersten Wahlgang auf Anhieb gewählt. Demgegenüber machte die Wahl des Nachfolgers von Bundesrat Ritschard grössere Mühe. Die SP hatte Nationalrätin Lilian Uchtenhagen mit knappem Stimmenmehr als offizielle Kandidatin aufgestellt, worauf es zu dramatischen Kabalen kam, die schliesslich diese Kandidatin auf der Strecke liegen liessen. An ihrer Stelle gewählt worden ist alt Nationalrat Otto Stich (Solothurn), ebenfalls im ersten Wahlgang. Mit Frau Uchtenhagen wäre zum erstenmal eine Frau in die Landesregierung gewählt worden. Dieses Wahlmotiv wurde von ihren Parteigängern stark in den Vordergrund geschoben, zog aber aus hauptsächlich persönlichen, aber

auch politischen Gründen in weiten Kreisen – nicht zuletzt auch in ihrer eigenen Fraktion – nicht recht. Dennoch hätte sie möglicherweise eine echte Wahlchance gehabt, wenn nicht seitens des Parteipräsidenten (Hubacher) ein ungeschicktes, provozierendes Ultimatum an die bürgerlichen Koalitionspartner gerichtet worden wäre, wonach die Bevorzugung eines nicht-offiziellen SP-Kandidaten durch die Bürgerlichen für die SP nicht akzeptabel sei und zum Austritt der SP aus der Landesregierung führen würde. Auf diese Herausforderung reagierten die Koalitionspartner der SP unwirsch. Sie wollten sich unter keinen Umständen ihr Wahlverhalten vorschreiben lassen. Sie einigten sich kurz vor dem Wahltag auf Otto Stich, worauf die Niederlage Frau Uchtenhagens sicher war.

Diese Wahlmanöver hatten ein Nachspiel. Seitens der Parteiführung der SP wurde alsbald ein ausserordentlicher Parteitag einberufen, an welchem die Frage der weiteren Beteiligung der SP an der Landesregierung entschieden werden sollte. Entgegen dem Wunsch und den Erwartungen der Parteileitung entschieden aber die Delegierten der SP an diesem Anlass deutlich mit 773 zu 511 Stimmen, dass die Sozialdemokraten sich weiterhin am Bundesrat beteiligen sollten. Das etwas willkürlich heraufbeschworene Drama in der SP ist vorderhand ad acta gelegt worden. Eine mit einem negativen Ausgang dieser Abstimmung möglicherweise in Rechnung zu stellende fatale Parteispaltung ist damit vermieden worden. Der auflüpfische linke Flügel begnügte sich mit verbalen Protesten. Interessant ist,

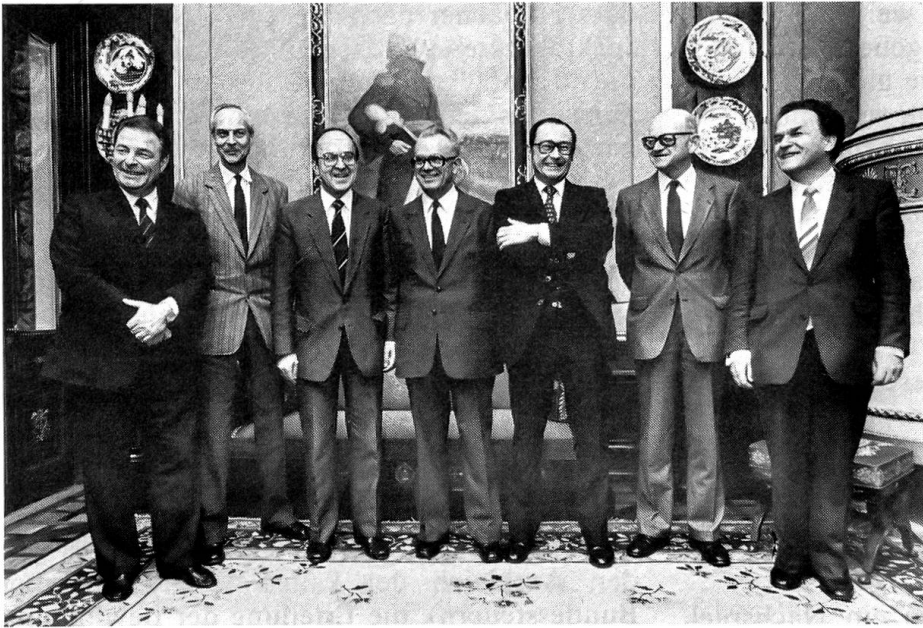
dass Hubacher nach diesem Misserfolg eines spektakulären politischen Manövers als Parteipräsident nicht zurückgetreten ist, während die Parteipräsidenten der drei anderen Bundesratsparteien zu Beginn der neuen Legislaturperiode der Reihe nach ausgewechselt worden sind. Zur Konsolidierung der in einen Abwind geratenen SP soll nun eine konsequentere Opposition betrieben und eine parteiinterne Reform an die Hand genommen werden.

Zu den wichtigeren Sachfragen, die im Berichtsjahr einer Lösung zugeführt worden sind, gehört die definitive Ablehnung der Ratifizierung der Sozialcharta, eine positive Stellungnahme des Nationalrats zum UNO-Beitritt, die Verabschiedung des Umweltschutzgesetzes, die Genehmigung eines Bundesgesetzes für den Ausgleich der kalten Progression (bei Bundessteuern), die Erteilung der Bewilligung für das Kernkraftwerk Kaiseraugst, Militärvorlagen und eine Anzahl von Gesetzesrevisionen in verschiedenen Bereichen. Beim eidgenössischen



*Erd- und Steinrutsch zwischen Frutigen und Adelboden*  
Die Staatsstrasse wurde im Winter 1983/1984 mehrmals verschüttet und es musste eine behelfsmässige Umfahrungsstrasse erstellt werden.  
Photo Hansueli Trachsel, Bern





*Der Gesamtbundesrat in neuer Zusammensetzung*

Von links die Bundesräte Delamuraz, Friedrich, Furgler, Schlumpf (Bundespräsident), Aubert, Egli und Stich.  
Photo Hansueli Trachsel, Bern

schen Urnengang vom 4. Dezember ist die Gleichberechtigung im Bürgerrecht auf der Verfassungsstufe vom Souverän genehmigt worden, während eine erleichterte Einbürgerung von Ausländern der zweiten Generation, von Flüchtlingen und Staatenlosen abgelehnt wurde. In der Volksabstimmung vom Februar wurde eine Schwerverkehrsabgabe und die Einführung einer Autobahnvignette vom Souverän gebilligt, während die Zivildienst-Initiative, welche praktisch zur freien Option zwischen Militärdienst- und Zivildienstleistung geführt hätte, noch deutlicher abgelehnt worden ist als die seinerzeitige sogenannte Münchensteiner Initiative zum gleichen Thema.

Am 25. Januar unterbreitete der Bundesrat neue Regierungsrichtlinien mit einem Finanzplan für 1985/87. Der letztere stellt den vollen Ausgleich der heute stark defizitären Bundesrechnung bis 1986 bzw. 1987 in Aussicht. Vorläufig ist aber einmal für 1983 noch eine

Staatsrechnung präsentiert worden, die mit einem Ausgabenüberschuss von 855 Millionen, in der Gesamtrechnung sogar mit einem Fehlbetrag von 1,2 Milliarden endete. Die berühmten «gefundenen Milliarden» der beiden Vorjahre sind diesmal – wie vorausgesagt – ausgeblieben. Wegen der zur Rezessionsbekämpfung beschlossenen ausserordentlichen Massnahmen des Bundes sind die ursprünglichen Budgetziele nicht erreicht worden. Die Bundesbahnen sind weiterhin im nun schon gewohnten Rahmen defizitär geblieben, während die PTT nur durch eine saftige Tarifierhöhungsrunde per 1. März 1984 auch für die absehbare

Zukunft in den schwarzen Zahlen gehalten werden konnten.

Im Frühjahr 1984 fand ein Staatsbesuch des österreichischen Bundeskanzlers Sinowatz statt. Die Landsgemeinden in beiden Appenzell haben die Einführung des Frauenstimmrechts in kantonalen Angelegenheiten abgelehnt. Eine gründliche Abklärung des Gesundheitszustandes der Wälder in der Schweiz hat ergeben, dass heute jeder 25. Baum am Sterben ist, jeder 7. Baum als angeschlagen betrachtet werden muss. Das Waldsterben und die Bekämpfung der Luftbelastung durch Schadstoffe ist in der öffentlichen Diskussion zum Thema Nr. 1 aufgestiegen. Ein ganzes Paket von Massnahmen ist in Vorbereitung; aber vorläufig einmal ist erst in einer Sondersession der eidgenössischen Räte Anfangs Mai ein dringlicher Bundesbeschluss verabschiedet worden, der eine gefährliche Sekundärfolge des Waldsterbens – nämlich die Bekämpfung



des Borkenkäfers und einige weitere forstwirtschaftliche Massnahmen – zum Gegenstand hat. In bezug auf eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen und Ausserortsstrecken zur Einschränkung der Abgase im motorisierten Verkehr liegt eine Verordnung im Entwurf vor, welche aber vorläufig noch in der Vernehmlassung steht. Schwierigkeiten bietet vor allem die genaue, wissenschaftliche Erkenntnis der Ursachen des Waldsterbens, die offensichtlich in einem vielfältigen Zusammenhang ganz verschiedener Wirkfaktoren bestehen, die aufeinander einwirken. Man möchte weder blosses Symptombekämpfung noch unverhältnismässige Eingriffe vornehmen, nur um dem allgemeinen Ruf nach energischem Handeln zu willfahren. Zum Schluss sei noch vermerkt, dass der Sommer 1983 einer der heissesten seit Jahrhunderten gewesen sein dürfte, stellenweise mit Rekordtemperaturen in den letzten Julitagen.

\* \* \*

Zuletzt werfen wir noch einen Blick auf den *Kanton Bern*. Hier kam es im Berichtsjahr zu drei kantonalen Urnengängen. Am 6. Juni 1983 ist die Gesetzesinitiative für eine freie Schulpflicht, die eine Subvention der Eltern für die Kosten des Besuchs von Privatschulen ihrer Kinder zum Gegenstand hatte, stark abgelehnt worden. Beim gleichen Urnengang wurde auch eine Erweiterung der Ingenieurschule in Burgdorf abgelehnt, allerdings nur mit einem knappen Mehr von weniger als tausend Stimmen.

Beim zweiten Urnengang, am 4. Dezember, war über eine grosse Zahl von Vorlagen zu entscheiden. Das Gemeindegesetz und Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens, das die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre brachte, ist knapp angenommen worden. Die beiden Vorlagen betreffend Vernehmlassung zur Erweiterung des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Kernkraftwerk Mühleberg und betreffend eine Sammelstelle für Sonderabfälle in Brügg sind deutlich angenommen worden, während die beiden Vorlagen, die sich auf die Finanzierungsgrundlage

des Flugplatzes Belpmoos bezogen, nicht die Gunst des Berner Volkes fanden und verworfen wurden. Damit ist der Versuch, an Stelle der aus der Finanzierung des Flugplatzes schon früher ausgeschiedenen Stadt Bern den Kanton in die Lücke springen zu lassen, gescheitert. Die Zukunft dieses Flugplatzes mit einem heute beschränkten Linienverkehr von zwei Fluggesellschaften ist damit in der Schwebe. Abgelehnt worden ist übrigens auch eine Vorlage, die sich auf Arbeiten am Stausee beim Eingang des Simmentals und zur Erstellung einer neuen Strasse zwischen Wimmis und Oey bezog. Es scheint, dass bei diesem Abstimmungsresultat die Befürchtung eine Rolle gespielt hat, es sei mit diesen Vorbereitungsarbeiten die Präjudizierung des grossmehrheitlich in der Bevölkerung nicht gewünschten Autobahnbaus im Simmental geplant, was aber nicht der Fall gewesen war.

Was den letzten kantonalen Urnengang betrifft, so ging es bei diesem um den Ausbau des Bezirksspitals Huttwil und des Bezirksspitals Grosshöchstetten. Beide Vorlagen sind am 26. Februar 1984 nur knapp angenommen worden. Darin wird ein Hinweis auf eine Trendwende des Volkswillens hinsichtlich der Aufwendungen und möglicherweise auch des Konzepts im Gesundheitswesen gesehen. Die Problematik der weit über die allgemeine Teuerung in die Höhe schnellenden Gesundheitskosten bewirkt offenbar in zunehmendem Masse eine skeptische oder negative Haltung gegenüber derartigen Vorlagen. Beim gleichen Urnengang lehnte das Berner Volk in einem Stimmenverhältnis von 2:1 die Wohnbau-Initiative der SP ab. Es ging bei dieser Initiative um Zinsbeiträge und Beiträge für die Erschliessung von Wohnbauland, um die Förderung gemeinnütziger Wohnbauorganisationen und um eine Ergänzung oder Verstärkung der Wohnbauförderung des Bundes mit einem Aufwand von maximal 15 Millionen Franken zu Lasten des Kantons. Es hätte mithin das Angebot von billigen Mietwohnungen begünstigt werden sollen, wobei mit der Vorlage gerade auch noch ein Quentchen Regionalpolitik durch Förderung der Beschäftigung in benach-



*Gluschtige Bärner-Platte*

Angeblich soll die «Bärner-Platte» nach der Schlacht bei Neuenegg (1798) «erfunden» worden sein.

Photo Hansueli Trachsel, Bern

teiligten Gebieten des Kantons hätte betrieben werden sollen. Das Gegenargument war, dass die bestehenden, einschlägigen Dekrete des Kantons aufgehoben worden wären, während im Hinblick auf die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen die Dinge damals noch im Fluss waren, soweit es die Wohnbauförderung anbelangt.

In den Ständeratswahlen vom 23. Oktober 1983 wurden Arthur Hänsenberger (FDP) von Oberdiessbach und Peter Gerber (SVP), Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes, von Frienisberg – mit deutlichem Vorsprung auf den Gegenkandidaten der SP, A. Neukomm – als Vertreter des Standes Bern in der Kleinen Kammer für die nächste Amtsperiode gewählt. Immerhin entfielen aber auf den Kandidaten der SP rund 121 000 Stimmen, also nur etwa 30 000 Stimmen weniger, als jeder der beiden bürgerlichen Kandidaten erzielte.

In den Nationalratswahlen wurden für die 29 Berner Sitze in der Grossen Kammer insgesamt 18 Listen mit 415 Kandidaten zur Wahl

präsentiert. Hauptmerkmal der Berner Nationalratswahlen waren Sitzverluste von SVP und FDP zugunsten kleinerer Gruppen. Die mit drei Listen antretende SVP errang 9 Sitze (–1), die FDP 5 Sitze (–1). Der separatistische Vertreter des Berner Jura fiel zugunsten eines Sitzes der Poch aus dem Rennen. Die SP vermochte ihre 9 Sitze zu halten, ebenso der Landesring und die EVP ihren je einzigen Sitz. Eine hauptsächlich von Dissidenten der FDP unter Zuzug anderer Exponenten gebildete «Freie Liste» errang einen Sitz, und die Nationale Aktion erreichte einen zweiten Sitz.

Die Stimmbeteiligung variierte bei den verschiedenen Urnengängen im Berichtsjahr ausserordentlich stark. Während mit einer Stimmbeteiligung von nur 17,28% am 6. Juni 1983 fast ein Rekordtief zustande kam, sind bei den Nationalratswahlen immerhin über 50% der stimmberechtigten Berner zur Wahlurne geschritten. Am 4. Dezember betrug die Stimmbeteiligung 39,28%.

Wahrscheinlich das wichtigste politische Ereignis im Berichtsjahr war die Abstimmung des Laufentals über seine Kantonszugehörigkeit. Lange Zeit hatte es so ausgesehen, als ob das Laufental, im Zug der Jura-Plebiszite zu einer territorialen Exklave des Kantons Bern geworden, sich von Bern trennen und einem anderen Kanton anschliessen wolle. In der Ausmarchung zwischen den beiden Optionen Baselland und Solothurn obsiegte Baselland. Nachdem die Einzelheiten des möglichen Anschlusses an diesen Kanton bekannt geworden waren, setzte aber in der Stimmung der Laufentaler Bevölkerung ein Trend zum Verbleib

beim Kanton Bern ein, der schliesslich in der denkwürdigen Abstimmung vom 11. September 1983 den Ausschlag gab. Bei einer Stimmbeteiligung von 92,9% sprachen sich 56,7% der Stimmenden für den Verbleib beim Kanton Bern aus!

Psychologisch bedeutet der Ausgang des Selbstbestimmungsverfahrens im Laufental einen Schlag auch gegen die jurassischen Separatisten. Es entbehrt nicht der Komik, dass der Separatistenführer Béguelin alle Vorbereitungen getroffen hatte, um mit einem demonstrativen Aufmarsch in Laufen eine Gratulationscour zu halten. Diese Manifestation musste am 11. September nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses in aller Eile abgeblasen werden! Als Restposten der Jura-Plebiszite bleibt nunmehr bloss noch die Regelung der Kantonszugehörigkeit der beiden Gemeinden Vellerat und Ederswiler übrig. Das zum Kanton Bern strebende Ederswiler an der Landesgrenze hat im übrigen im Anschluss an das Plebiszit im Laufental ein Schreiben an die eidgenössischen Räte gerichtet, in welchem es pro memoria seinen Anspruch auf Rückgliederung aus dem Kanton Jura an den Kanton Bern anmeldete.

Im Berichtsjahr sind die letzten Phasen der langwierigen vermögensrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Jura und Bern erfolgreich abgewickelt worden. Den Schlusspunkt bildete das vierte Paket dieser «güterrechtlichen Trennung», das am 19. April 1984 in Bern unterzeichnet worden ist. Die Konkordate bedürfen noch der Sanktionierung durch die beiden kantonalen Parlamente. Insgesamt sind zugunsten des Kantons Jura etwa 240

Millionen aus dem bernischen Staatsvermögen ausgesondert worden. Bemerkenswert ist, dass diese zum Teil schwierigen Operationen trotz da und dort auf Grund der Abtrennung des Kantons Jura übriggebliebenen emotionalen Residuen reibungslos und in einem freundeidgenössischen Geist erledigt werden konnten. Bern hat damit als hauptsächlich «Gebender» einen politischen Reifetest bestanden, der ausserordentlich beeindruckend ist, während die Regierung des Kantons Jura in ihren Forderungen Vernunft und Mässigung bewiesen hat.

Es ist Aufgabe des Chronisten, noch einige Jubiläen zu erwähnen. Oberhofen am Thunersee feierte im August sein 850jähriges Bestehen, während St-Imier im Berner Jura 1984 sogar auf 1000 Jahre zurückblicken darf. Burgdorf und Thun sind 1384 durch Kauf an Bern gekommen und damit jetzt 600 Jahre bernisch. Bei Burgdorf handelt es sich übrigens – wie bei Bern selber – um eine Städtegründung der Zähringer. Vor der Angliederung an Bern waren beide Städte Bestandteil der kyburgischen Domäne. Der Kauf der beiden Städte been-



Neuer Wanderweg am Brienzersee zwischen Oberried und Brienz fertiggestellt  
Photo Hansueli Trachsel, Bern

dete damals eine längere, teilweise sogar kriegerische Auseinandersetzung zwischen Bern und den Kyburgern. Auch in der Stadt Bern ist ein Jubiläum fällig geworden: die Universität Bern kann nun das Fest ihres 150jährigen Bestehens feiern.

Von einigen schweren Unwettern abgesehen, die zum Teil mit Überschwemmungen und Erdbeben verbunden gewesen sind, ist

glücklicherweise das Kantonsgebiet von grösseren Katastrophenfällen in diesem Jahr verschont geblieben. Immerhin musste nach den beiden Unwettern vom 23. und 28. August, die das obere Emmental und das Eriz betroffen haben, mit verschiedenen Mitteln – darunter auch mit einem Truppeneinsatz – Notstandshilfe geleistet werden.

*Hans Rudolf Böckli*

---

## FISCHERS FRITZ

Eine vornehme Dame geht in Berlin mit ihrem Dienstmädchen zum Einkaufen auf den Fischmarkt. Vor einem Stand bleibt sie mit kritischen Blicken stehen. «Sagen Sie, sind das deutsche, italienische oder französische Fische?»

«Wieso fragen Sie das?» wundert sich das Fischweib. «Woll'n Sie mit die Fische reden?»

Im Hause des Anglers gibt es schon wieder Fisch.

«Esst, Kinder!» mahnt die Mutter. «Andere wären froh, wenn sie nur die Hälfte davon hätten.»

«Wir auch», meint Hansli.

Eine Amsterdamer Bank hatte einem Fischverkäufer erlaubt, seinen Tisch mit Austern, Krabben und köstlichen Heringen vor ihrem Portal aufzustellen. Seitdem gingen seine Geschäfte glänzend.

Eines Tages kam ein Freund: «Kannst du mir wohl einen Gulden leihen, Henrik?»

«Unmöglich», sagte der Fischhändler.

«Wieso unmöglich? Du verdienst doch jetzt viel Geld.»

«Ich habe aber mit der Bank einen Vertrag abgeschlossen. Ich darf kein Geld verleihen, und sie verpflichtet sich dafür, keine Fische zu verkaufen.»

## *Pariser Anekdote*

Eine junge Frau durfte Monet in seinem Atelier besuchen. Sie sah sich alles genau an; Begeisterung über Begeisterung. Zum Schluss dankt sie Monet in gerührten Worten: «Das war die schönste Stunde meines Lebens!» Monet wehrt ab: «Das wollen wir doch nicht hoffen – bei einer so jungen Frau!»

## *Allgemeinbildung schwach*

Ein wahres Histörchen aus einer amerikanischen Sonntagsschule, erzählt nach dem Bericht der «Washington Post».

«Ach bitte», fragt einer den Lehrer, «wie gross ist eigentlich die Entfernung von Mekka nach Medina? Ich habe zwar die beiden Orte schon oft nennen hören, weiss aber nicht, wie weit sie auseinanderliegen...»

Bevor der Lehrer antworten kann, fragt eine Stimme aus dem Hintergrund dazwischen:

«Sind denn Mekka und Medina überhaupt Ortsnamen?»

«Aber natürlich!»

«Das ist mir neu. Ich habe immer gedacht, sie wären Mann und Frau, so wie Sodom und Gomorra...»